

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 52. 35. Jahrg.

29. Dezbr. 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreis: 20 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 40 Mk.

Redaktion:

Hans Röniger, Berlin N 24, Elsefestr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Nordsee 4208.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24 :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schandau-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 30.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 15.- Mk. Für Verbandsmitglieder 90-
ke Verbandsanzeigen 5.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Ueberein-
kunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Weltfriedenskongreß im Haag Rundschau Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussparungen im Jahre 1921. - **Allgemeines:** Die Geschäftslage im Druckgewerbe im November 1922. Ein erstes Wort. Nachmals: Zur Auskunftereilung. - **Der Betriebsrat:** Kurzarbeit. - **Der Lithograph:** Die Hausarbeit. - **Feuilleton:** Zum Neujahr 1923. - **Eingegangene Schriften.** - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände

erfolgte in den letzten Tagen ein größerer Materialversand. So erging *Rundschreiben Nr. 16*, das eine Übersicht der vom 1. Januar 1923 ab zur Auszahlung gelangenden Unterstützungen gibt. *Rundschreiben Nr. 17* behandelt Privatlithographie und Offsetdruck. Im *Rundschreiben Nr. 18* werden eine Anzahl dringlicher und wichtiger Organisationsfragen erörtert. Wir bitten, alle drei Rundschreiben eingehend zu beachten.

Des ferneren kam an Material zum Versand: Zählbogen über den Stand vom 30. Dez., Abrechnungsmaterial, Beitragseinnahmehbücher, Bulletin und einiges andere mehr.

Sollte diese Sendung irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir um Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

Die Steindrucker *Friedrich Wilhelm Carl Brinkmann*, geboren am 9. 1. 1833 in Königsdorf und *Willy Hennicke*, geboren am 19. 11. 1837 in Leipzig, können nicht als tariftreue Gehilfen angesehen werden. Beim Auftauchen derselben ersuchen wir, ihnen seitens der Organisation jede Unterstützung zu versagen.

Der Verbandsvorstand.

Der Weltfriedenskongreß im Haag.

Von Th. Leipart.

Auch wer sich von allen Überschwenglichkeiten freihält, wird doch anerkennen müssen, daß der Kongreß im Haag eine große Demonstration für den Friedensgedanken gewesen ist. Das gilt in erster Linie für den äußerlichen Eindruck, den sein Verlauf gemacht hat, aber auch für den Inhalt der meisten Reden, die gehalten wurden. Für einen internationalen Kongreß mit einer so großen Teilnehmerzahl ist der ruhige und geordnete Verlauf des Kongresses geradezu glänzend gewesen. Da war wohl keiner unter den rund 600 Männern und Frauen aus allen Ländern Europas, der nicht von heiligem Ernst für den Friedensgedanken und von tiefstem Abscheu gegen den Krieg erfüllt und deshalb aus voller Überzeugung bestrebt war, sein Bestes zu einem Gelingen dieses Kongresses beizutragen. Die Arbeitervertreter, die durch ihre große Überzahl den Kongreß beherrschten, waren in ihrem Auftreten bestimmt durch die furchtbaren Folgen, die der Weltkrieg gerade für die Arbeiterklasse in allen Ländern gezeitigt hat. Diese Folgen sind so unsäglich traurig, daß es keinen Arbeitervertreter geben kann, der nicht aus tiefster Seele und mit entschlossenem Willen in den Ruf: „Nie wieder Krieg!“ einstimmen möchte.

Auf der anderen Seite sahen die zahlreichen Vertreter der europäischen Friedensgesellschaften, unter denen das ergraute Alter zu überwiegen schien, gewissermaßen die Früchte ihres Lebenskampfes auf diesem Kongreß reifen. Ohne die Arbeiter sei der Kampf der

Pazifisten aussichtslos gewesen, nun aber werde es zusammen mit den Arbeitern, mit ihren machtvollen Gewerkschaften sicher gelingen, den Frieden der Welt gegen alle Kriegsgefahren zu sichern.

Ohne jede Einschränkung stellten sich die bürgerlichen Pazifistenvertreter, die in bevorzugtem Maße zum Wort kamen, auf den Boden der Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom. Es sei nicht wahr, führte der deutsche Professor Quide gegen den Russen Radek aus, daß der Generalstreik zur Verhinderung neuer Kriege die soziale Revolution sei und die Verneinung der Vaterlandsverteidigung bedeute. Der Generalstreik in diesem Falle bedeute vielmehr die Rettung des Vaterlandes und sei deshalb eine Notwendigkeit und eine sittliche Pflicht.

Daß die kommunistischen Vertreter aus Rußland, die auf eine an die Landeszentrale der russischen Gewerkschaften gerichtete Einladung an dem Kongreß teilnahmen, diese Gelegenheit benutzen würden, wieder als Apostel des Einigungsgedankens unter der Arbeiterschaft aufzutreten, war vorauszusehen. Sie redeten nacheinander wie unschuldige Lämmer, aber die ganze Welt kennt sie als die Wölfe, die sie in Wirklichkeit sind. So war es ein aussichtsloses Beginnen für sie, mit ihren Reden Eindruck auf den Kongreß zu machen. Sie gaben aber durch ihre Reden die Veranlassung dazu, daß ihnen von mehreren Seiten, besonders von den Franzosen Dumoulin und Grumbach sowie von dem Russen Abramowitsch, ein Spiegel ihrer eigenen Handlungen vorgehalten wurde, der das direkte Gegenteil von dem ehrlichen Streben nach der Einheitsfront des Proletariats zeigte. Die durch die kurze Redezeit etwas beschränkten Ausführungen Abramowitschs waren trotzdem eine ebenso wichtige wie vernichtende Anklagerede gegen das jetzige russische Regierungssystem, der der ganze Kongreß durch demonstrativen Beifall beitrug.

Jedoch in einem Punkt hatte Radek recht, als er nämlich darauf hinwies, daß es unzweifelhaft sei, nur von der Verhinderung neuer Kriege in der Zukunft zu sprechen, während doch gleichzeitig mit dem Kongreß auf den Regierungskonferenzen in London und Lausanne über die militärische Vergewaltigung Deutschlands und der Türkei beraten und beschlossen werde. Es hätte allerdings dieser Mahnung von kommunistischer Seite nicht bedurft, denn die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien von Frankreich, Belgien und England haben von der ersten Stunde an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Vorgehen ihrer Regierungen ablehnen und nach Kräften bekämpfen wollen. Eindringlich und überzeugend haben die beiden deutschen Redner, Graßmann für die Gewerkschaften und Wels für die Sozialdemokratische Partei, die Unhaltbarkeit der Lage in Deutschland unter den unheilvollen Wirkungen des Versailler Friedensdiktats geschildert, die nicht in Deutschland allein, sondern auch in den übrigen Ländern für die Arbeiterklasse unerträglich geworden seien. Nicht als Hilfesuchende und Bittende brauchten deshalb die deutschen Arbeiter aufzutreten,

sondern als Verbündete der internationalen Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den jetzigen Gewaltfrieden, der in Wahrheit überhaupt kein Frieden sei, sondern nur die Fortführung des Kriegs mit noch schrecklicheren Mitteln, als es die blutigen Waffen waren.

Daß Deutschland die übernommenen Reparationsverpflichtungen nach Kräften erfüllen müsse, wurde auch auf diesem Kongreß von Vandervelde und anderen betont. Aber doch nicht in dem Sinne der französischen Gewaltpolitiker, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erst erschöpft sehen, wenn sie völlig ausgesogen und vernichtet am Boden liegt. Der Besetzung des Ruhrgebietes, der Versklavung der deutschen Arbeiter setzte auch Vandervelde, bekanntlich einer der Väter des Versailler Diktates, ein dreimaliges donnerndes Nein entgegen.

Besonders erfreut über das jetzige Vorgehen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg äußerte sich Friedrich Adler. Der Generalstreikbeschuß des Kongresses von Rom sei eine geschichtliche Tat, aber doch erst der Anfang einer Lösung des schwierigen Problems. Er erinnerte an den Satz in den Resolutionen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910, in dem es heißt: „falls dennoch ein Krieg ausbricht“. Was soll alsdann geschehen?

Diese Frage rollt allerdings das Problem der Kriegsverhinderung durch den Generalstreik erst in seiner ganzen Schwierigkeit auf. Ist die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung in allen Ländern hierfür stark genug? Wird sie auf die Arbeitermassen den Einfluß haben, der nötig ist, um durch plötzliche Arbeitsverweigerung die Militärtransporte, die Waffen- und Munitionsherstellung zu verhindern?

Der Militarismus und die kapitalistischen Regierungen werden im Ernstfalle sich der Generalstreikbedrohung nicht mit verschränkten Armen tatenlos gegenüberstellen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt, werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Presse ausspielen. Wir haben ja nur zu deutlich noch in Erinnerung, wie durch absichtlich falsche Nachrichten über Vorgänge im Ausland die öffentliche Meinung in allen am Krieg beteiligten Ländern irreführt worden ist. Die sofort eintretende Grenzsperrmacht jede direkte Benachrichtigung und Verständigung unmöglich. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Arbeiterschaft des eigenen Landes von der Anwendung des Generalstreiks dadurch abzuhalten suchen, daß man ihr berichtet, die Arbeiter des anderen Landes dächten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Vandervelde aufgeworfene Frage des legalen Rechts zur Landesverteidigung gegen feindliche Invasion fällt in dieses Gebiet. Verschiedene Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg die ganze Propaganda gegen

den Krieg von vornherein lahmlegen würde. Denn noch in jedem Kriege sei mit dem Begriffe der Vaterlandsverteidigung Mißbrauch getrieben worden. Das ist gewiß richtig, aber das berechnete Vaterlandsgefühl wird trotzdem auch in Zukunft vorhanden sein und bei der Anwendung des Generalstreiks als Mittel zur Kriegsverhinderung eine Rolle spielen. Vorläufig wird man sich mit der Antwort einverstanden erklären können, die Jouhaux im Auftrage des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Vanderveldes Frage gegeben hat. Er sagte, die Forderungen der Gewerkschaften gingen dahin, daß in allen Streitigkeiten zwischen den Völkern jede Gewaltanwendung abzulehnen sei. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht dürfe entscheiden und das Recht müsse durch einen wirklichen Völkerbund jedem Lande garantiert sein.

Es wird Aufgabe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung jedes Landes sein, an der Klärung des Problems weiterzuarbeiten. Denn darin hat Friedrich Adler durchaus recht, daß mit dem Generalstreikbeschluß von Rom die ganze Lösung noch nicht gefunden ist. Die große moralische Bedeutung dieses Beschlusses ist jedoch unzweifelhaft und sie ist durch den Kongreß im Haag noch beträchtlich gesteigert worden. In der internationalen Arbeiterbewegung wird der Ruf „Nie wieder Krieg“ nicht mehr verstummen. Zu hoffen bleibt jetzt nur, daß auch das Bürgertum, die Presse, die Parlamentarier, die Schulen, die Erzieher, Gelehrten und Künstler in allen Ländern dauernd und mit ehrlichem Willen sich der Propaganda für den wahren Friedensgedanken anschließen.

Rundschau.

Auskunft nach dem Auslande. Wiederholt tragen Kollegen bei Mitgliedschaften an über Verhältnisse des Auslandes. Die Mitgliedschaften sind zumeist nicht in der Lage, solche Auskünfte zu erteilen. Deshalb ist es notwendig, sich an den Verbandsvorstand zu wenden, der, sofern er nur irgendwie in der Lage dazu ist, solche Auskünfte gibt. Von Ländern, die in dem regelmäßig in der „Graphischen Presse“ erscheinenden Verzeichnis der Auskunftserteiler stehen, kann Auskunft nur von den dort angegebenen Adressen eingezogen werden.

Die Erwerbslosenunterstützung. Der Vorstand des ADGB hat sich erneut an das Reichsarbeits- und das Reichsfinanzministerium gewandt mit dem Verlangen, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung, über deren Erhöhung am 21. Dezember der Reichsrat entscheiden soll, nunmehr auch wirklich entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen. Die Erhöhung vom 20. November war bereits beim Inkrafttreten überholt. Inzwischen hat sich die Kaufkraft des Geldes weiter katastrophal gesenkt. Es ist zu fürchten, daß der Reichsrat auch jetzt wieder mit den neuen Sätzen hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleibt. Darum die dringliche Aufforderung des ADGB, an die Reichsregierung nach einer genügend hohen Bemessung der Unterstützungssätze.

Gewerkschafts- und Volkshäuser. Die am 7. und 8. Dezember in Leipzig tagende Konferenz der Verwaltungen der Gewerkschaftshäuser hat die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gewerkschafts- und Volkshäuser beschlossen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Lewin (Kiel), Odenthal (Hannover), Wieklein (Leipzig) und Pickeroth (Hannover) als Ersatzmann. Vorort ist Hamburg. Die Verwaltungen der Gewerkschafts- und Volkshäuser werden gebeten, vorhandene Drucksachen, insbesondere Satzungen und Geschäftsberichte, an den Genossen Karl Odenthal, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, einzusenden. Um Auskünfte wolle man sich an dieselbe Adresse wenden.

Schwedischer Millionenbeitrag zur Ernst-Francke-Gedächtnisstiftung. Auf den Aufruf hin, den Reichspräsident, der deutschösterreichische Bundespräsident, der derzeitige Reichskanzler und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zum Gedächtnis des vor einem Jahre verstorbenen Herausgebers der Sozialen Praxis, Professor Franckes, für die Errichtung einer Ernst-Francke-Gedächtnisstiftung erlassen haben, sind von Freunden der deutschen und internationalen Sozialpolitik in Schweden, dank Bemühungen des Sozialministers Lindquist sowie der Generaldirektoren der schwedischen sozialen Staatsämter und des Zentralverbandes für Soziale Arbeit, mehr als 3 Millionen Mark gesammelt und der Gedächtnisstiftung durch Vermittlung der Gesellschaft für Soziale Reform vom Sozialattaché an der schwedischen Gesandtschaft in Berlin überwiesen worden.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921.

Die im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen überragten an Zahl und Umfang weit die des Vorjahres. Die treibenden Kräfte der Lohnbewegungen wirkten in höherem Maße fort. Schien es auch im ersten Halbjahre so, wie wenn ein Stillstand in der Entwertung der deutschen Währung erwartet werden konnte, so wurde diese Hoffnung durch ein erneutes Sinken der Mark wieder vernichtet. Wiederm kletterten die Preise in steiler Kurve aufwärts und zogen eine ununterbrochen laufende Kette von Lohnbewegungen nach sich. Waren Lohnforderungen der Arbeiter auch größtenteils die Ursachen der Bewegungen, so ist auf sie die Bezeichnung „Angriffsbewegungen“ kaum noch anwendbar. In Wirklichkeit befindet sich die Arbeiterschaft in einer ständigen Abwehr gegen die für sie so unheilvollen Folgen einer in ihrem Kreislauf gestörten kapitalistischen Wirtschaft, die das arbeitende Volk mit völliger Verelendung bedroht. Dieser alle Nerven anspannende Kampf der Gewerkschaften kann nicht einmal als völlig erfolgreich bezeichnet werden, denn trotz Steigerung der Löhne zu großen Summen wird der Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Warenpreisen immer weiter, und immer fühlbarer der auf der Arbeiterschaft lastende Druck der Lebensnot.

Über die von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbände im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen unterrichtet eine dem Korrespondenzblatt des ADGB, Nummer 49, beigegebene Statistische Beilage. Die Zusammenstellung umfaßt die Berichte von 38 Verbänden, die Beteiligungszahl ist die gleiche wie im Vorjahre. 11 Verbände, die rund 900 000 Mitglieder in sich vereinigen, sandten keinen Bericht ein. Meist handelte es sich um kleinere Organisationen, bei denen lokalistische Erhebungen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind.

Die berichtenden Verbände führten zusammen 55 295 Bewegungen, die sich auf 68 264 Orte und 896 100 Betriebe mit 19 728 273 darin beschäftigten Personen erstreckten. An diesen Bewegungen waren 17 687 229 Personen, davon 4 203 977 weibliche, beteiligt.

Die erheblich großen Zahlen an Betrieben, Beschäftigten und Beteiligten, die hier als Ergebnis der Statistik dem Leser vor Augen treten, können im ersten Augenblick zu einer ungünstigen Beurteilung des Wertes dieser Feststellungen verleiten. Dieser Eindruck ist jedoch falsch. Die großen Zahlen ergeben sich dadurch, daß im Laufe des Jahres in den gleichen Betrieben wiederholt Bewegungen stattfanden, woran in der Regel die gleichen Personen beteiligt waren, die bei jeder Bewegung auch als Beteiligte gezählt werden müssen. Bei der Zusammenfassung aller Bewegungen im Jahre kommen dann in den Statistiken der einzelnen Verbände höhere Zahlen von Betrieben und Beteiligten zustande als sie der Beruf überhaupt aufweist. Das Ergebnis der Statistik zeigt aber ganz folgerichtig das wirkliche, gewaltige Ausmaß der im Jahre 1921 vorgekommenen wirtschaftlichen Bewegungen an.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen, und zwar 49 498 = 89,7 v. H. aller Bewegungen, an denen 16 446 157 Personen = 93 v. H. der Gesamtzahl beteiligt waren, wurden auf dem Wege der Verhandlungen friedlich erledigt. In 5707 Fällen mit 1 241 072 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung. Von diesen Beteiligten stellten 1 159 191 Personen, darunter 221 496 weibliche, die Arbeit ein, während 81 881 Personen anlässlich dieser Bewegungen ihre Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt erhielten. Zu den Bewegungen mit Arbeitseinstellung zählen sowohl Streiks wie auch Aussperrungen. Von den gesamten Bewegungen wurden 54 234 mit 17 343 228 Beteiligten geführt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 971 Fällen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen derselben; an diesen Abwehrbewegungen nahmen 344 001 Personen teil.

Den Angriffsbewegungen lagen in 53 709 Fällen Lohnforderungen der Arbeiter zugrunde, in 263 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen in Verbindung mit einer verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, in einem Falle um eine Verkürzung der Arbeitszeit allein und in 261 Fällen um sonstige Forderungen. Die Ursachen der Abwehrbewegungen waren in 34 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in 414 Fällen eine Lohnkürzung, in 24 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzung, in 155 Fällen Maßregelung und in 344 Fällen entstanden die Bewegungen aus anderen Ursachen.

Da die Aussperrungen ein Kampfmittel der Unternehmer bilden, ist die Kenntnis über die Zahl und den Umfang dieser Kämpfe notwendig. Die darüber gemachten Feststellungen ergaben, daß 579 Aussperrungen stattfanden; die Zahl der ausgesperrten Personen betrug 207 943, davon 55 291 weibliche. Die Aussperrungen wurden verhängt in 291 Fällen zur Abwehr von Forderungen der Arbeiter, in 124 Fällen aus Maßnahmen gegen Angriffsstreiks, in 130 Fällen zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. In

sieben Fällen als Maßnahmen gegen Abwehrstreiks und in 28 Fällen aus sonstigen Ursachen.

Von den gesamten Bewegungen wurden 54 699 durch Vergleichsverhandlungen beendet. Die Verhandlungen wurden geführt in 2686 Fällen direkt zwischen den Parteien, in 39 823 Fällen zwischen den Unternehmern, ihren Vertretern und Vertretern der Arbeiter und in 12 190 Fällen unter Teilnahme anderer Personen (Schlichtungsausschüssen und Einigungsämtern). Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen in 5305 Fällen für 1 559 354 Personen, ein bestehender Tarifvertrag verlängert oder erneuert in 5015 Fällen für 2 394 511 Personen und ein Nachtrag zu einem bestehenden Tarifvertrag in 8305 Fällen für 4 681 210 Personen abgeschlossen.

Die Durchführung aller Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 245 410 417 Mark, davon kommen auf die Bewegung ohne Arbeitseinstellung 12 235 126 Mark und auf die Streiks und Aussperrungen 233 175 291 Mark.

Durch die gesamten Bewegungen hatten 17 293 068 = 97,8 v. H. aller Beteiligten einen Erfolg. Es erreichten 23 731 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 180 187 Stunden und 14 537 113 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 095 510 837 Mark pro Woche; sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten 5 054 689 Personen.

Außer den erreichten Erfolgen wehrten an Verschlechterungen ab 24 011 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 133 774 Stunden und 142 105 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 220 785 Mark die Woche. Für 1987 Personen wurde Maßregelung und für 73 330 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Trotz Abwehr traten an Verschlechterungen ein für 7502 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 12 061 Stunden und für 57 959 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 617 910 Mark die Woche. Von der Summe an Lohnkürzung kommen für 55 075 Personen zusammen 3 558 028 Mark auf Bewegungen des Metallarbeiterverbandes im Saargebiet. Die große Summe erklärt sich aus dem Umstände, daß die Lohnkürzungen in Franken erfolgten und diese nach dem damaligen Währungsstande in Mark umgerechnet wurden.

Da nicht alle Verbände an der Statistik beteiligt sind, so ist die Gesamtsumme an Lohnerhöhungen, die für die im ADGB vereinigten Mitglieder erreicht wurde, noch wesentlich höher als die Zusammenstellung ausweist. Rechnerisch ergibt sich auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials, daß im Jahre 1921 auf jede beteiligte Person eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 75,43 Mark die Woche gegen 53,55 Mark im Vorjahre entfällt. So beachtlich die eingetretene Steigerung von 21,90 Mark auch ist, die durch die Geldentwertung erfolgte Preissteigerung der Lebenshaltungskosten konnte damit nicht ausgeglichen werden. Die Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse auf den Stand der Vorkriegszeit ist die nächste schwere Aufgabe, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Ihre Lösung erfordert die vollste Geschlossenheit der Arbeiter und die planmäßige Anwendung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel im beherrschenden Kampfe.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Geschäftslage im Druckgewerbe im November 1922.

Die Lage der papierverarbeitenden Gewerbe hat sich, wie der *Bund Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und Papierverarbeitung* auf Grund der bei ihm eingegangenen Meldungen der Konventionen und Fachverbände berichtet, weiter zugespitzt. Die Mitte November eingeführten neuen Zahlungsbedingungen der Papierfabrikanten mit ihrer Entwertungsklausel bei Zahlungsverzug werden als unmöglich bezeichnet und haben die schwersten Befürchtungen wachgerufen. Noch in keinem Monat sind seitens der Verbände so umfangreiche Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen gemeldet worden wie im November. Das sind Sturmzeichen, und jeder, der sich angesichts dieser Lage nicht auf das Allernotwendigste beschränkt, ladet eine ungeheure Verantwortung der Wirtschaft und dem Staat gegenüber auf seine Schultern.

Über die Lage des Druckgewerbes wird berichtet:

Das deutsche *Buchdruckgewerbe* stellt fest, daß die Beschäftigung auch im vergangenen Monat überaus schlecht gewesen ist. Industrielle Drucksachen waren kaum vorhanden. — Es mußte lebhaft zur Arbeitsstreckung übergegangen werden, und nur die augenblicklich gute Konjunktur im Wertpapierdruck ermöglicht vielen Betrieben ihre Aufrechterhaltung; namentlich in Ostpreußen, Schlesien und Bayern ist eine erhebliche Verschlechterung der Beschäftigung festzustellen gewesen. Man hatte erwartet, daß infolge der Weihnachtzeit eine größere Nachfrage einsetzen würde, hatte sich jedoch hierin getäuscht. Die Druckpreise

wurden um weitere 75 v. H. erhöht. Den Ange-
stellten des Buchdruckwesens wurde durch
Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums eine
Lohnerhöhung um 55 bzw. 70 v. H. zugebilligt.
Dieser Schiedspruch wurde wegen seiner bedeu-
tenden finanziellen Belastung von der Prinzipalität
abgelehnt, vom Reichsarbeitsministerium jedoch
auf Antrag der Gehilfen für verbindlich erklärt.
Es wird lebhaft Klage darüber geführt, daß Re-
chnungsbeträge der Reichsbeförden auch heute noch
erst nach zwei bis drei Monaten bezahlt werden.
Dies wird in erster Linie darauf zurückgeführt,
daß die Bekanntgabe von Teuerungsaufschlägen
durch das Reichsfinanzministerium und die anderen
Ministerien sehr schleppend vor sich geht. Hinsicht-
lich des Zeitungsgewerbes ist zu bemerken, daß
zahlreiche Zeitungen von der zweitägigen täglichen
Herausgabe zur einmägigen übergehen mußten;
zahlreiche Zeitschriften und Zeitungsbetriebe sind
völlig zum Erliegen gekommen. Die Verkaufs-
preise wurden durchschnittlich um 33,3 v. H.
gegenüber dem Oktober erhöht — Im **Steindruck-**
sowie im **Lithographiegewerbe** wird allgemein über
eine außerordentliche Verschlechterung der Ge-
schäftslage geklagt. In Deutschland ist ein Absatz
der Artikel dieser Industrie kaum noch möglich,
da sie als Luxusartikel vom Publikum erst in
zweiter Linie gekauft werden. Im Ausland ist
nur etwas zu erreichen durch intensive Reise-
tätigkeit, und zwar seitens derjenigen Betriebe,
die Spezialartikel führen. Im allgemeinen muß man
auch mit einem Nachlassen der Auslandsbestel-
lungen rechnen. Die Rohstoffversorgung war gut.
Ebenso war die Geschäftslage bei den Betrieben des
**Bundes der chemographischen Anstalten und
Kupferdruckereien Deutschlands e. V.** Die Ausfuhr
hielt sich ungefähr in den Grenzen des Oktober;
lebhafter ist sie nicht geworden. — Der deutsche
Musikalienverleger-Verein teilt mit, daß die rapid
fortschreitende Entwertung der Mark auch den
deutschen Musikalienverlag zwang, von dem bis-
herigen System der Teuerungsaufschläge abzugehen
und das im Buchhandel bereits übliche Bere-
chnungssystem einzuführen, das für jedes Verlagswerk
einen bestimmten Grundpreis vorsieht, der mit
einer vom deutschen Musikalien-Verleger-Verein
veröffentlichten Schlüsselzahl zu multiplizieren ist,
um die Ladenpreise zu erhalten. Diese Schlüssel-
zahl wurde im Anfang November auf 150 fest-
gesetzt, mußte aber mit Wirkung vom 24. No-
vember auf 300 erhöht werden. Es wird damit
gerechnet, daß diese Maßnahme eine Beeinträchti-
gung des Umsatzes zur Folge haben wird, wenngleich
in Publikumskreisen auch für die Notwendigkeit der
Preiserhöhungen volles Verständnis herrscht. — Nach
den Berichten des **Zentralverbandes deutscher Kartonagenfabrikanten e. V.** ist
diese Lage der Industrie derart, daß sich der Ab-
nehmer in noch stärkerem Maße als bisher
Einschränkung auferlegt. Während in früheren
Jahren die letzten Monate vor Weihnachten nor-
malerweise eine außerordentliche Belegung des
Geschäftes zur Folge hatten, ist in diesem Jahre
das Gegenteil zu vermerken. Besonders die Be-
triebe, welche Packungen für die Zigaretten-Indu-
strie herstellen, haben unter der zurzeit außer-
ordentlich ungünstigen Konjunktur dieser Industrie
zu leiden. Das Auslandsgeschäft ist nach wie vor
durchaus unbedeutend. — Ebenso steht es bei den
Betrieben der **Vereinigung deutscher Fabrikanten von
pharmazeutischen Kartonagen und Papierwaren**,
wo sich der Abnehmer ebenfalls nur auf das Al-
ternotwendigste beschränkt. — In der **Tapetenindu-
strie** hat sich die Lage nicht gebessert. Auch die
Ausfuhr hielt sich in dem bisherigen Rahmen.

Ein ernstes Wort.

Auf etwas, leider fast gar nicht beachtetes und
doch sehr wichtiges, möchte ich mit diesen Zeilen
die Kollegen hinweisen. Wie oft hört man in den
Betrieben gemeine Witze und Zoten, die gegen-
seitig erzählt werden. Wer da nicht mitmacht, wird
als Spießher verschrien. Wie sollen da die Lehr-
linge, unsere zukünftigen Kollegen, Achtung vor
den Gehilfen haben, wenn sie solche Reden mit-
anhören? Ich glaube sicher, daß sich mancher ver-
heiratete Kollege schämen würde, zu Hause vor
seiner Frau und seinen Kindern diese Dinge zu
erzählen. Ein Kollege sagte mir auf meine Frage,
ob er sich nicht schäme in Gegenwart von Lehr-
lingen solche Reden zu führen: „die Jugend muß
doch aufgeklärt werden!“ Er hat sicher nicht be-
dacht, um auf diese Weise die Phantasie der
Jugend gereizt und vergiftet werden kann. Ich
bin sehr dafür, daß die Jugend auf ernste und
würdige Art über sexuelle Fragen unterrichtet wird.
Was jedoch jetzt in den Betrieben durch die Ge-
hilfen an sexueller „Aufklärung“ geschieht, hat
weder etwas mit Ernst noch mit Würde zu tun.
Um den Kollegen zu zeigen, daß die Jugend
in etwas ganz anderem Aufklärung sieht als zumeist
in den Betrieben von den Erwachsenen geredet
wird, sei am Schluß dieser Mahnung eine Ent-
schuldigend angefügt, welche kürzlich die Arbeiter-
jugendvereine des Bezirks Hessen-Nassau faßten:
„Unsere Arbeiterjugendorganisationen erstreben
eine Erziehung in Reinheit und Schönheit. Was
aber nützt uns alles gute Wollen, wenn wir in
den Betrieben oft rohen Späßen, unsittlichen Ge-
sprächen älterer Arbeitskollegen ausgesetzt werden.

Besonders kraß liegen die Verhältnisse in den Be-
trieben, wo beide Geschlechter gemeinsam arbeiten.
Wie mancher junge Mensch ist dort schon vergiftet
worden. Wir, die wir in den Arbeiterjugendorgani-
sationen zu neuer Lebensform und sittlicher Rein-
heit streben, wir rufen euch, ihr älteren Arbeits-
brüder und -schwestern, die ihr mit uns fühlt und
unser Wollen versteht, auf, mit uns den Kampf
gegen die sittliche Verrohung und die unsittliche
Beeinflussung in den Betrieben aufzunehmen und
und darin kräftigst zu unterstützen. P. B.

Nochmals: Zur Auskunfts- erteilung.

Die „Graphische Presse“ wird doch von
manchen Kollegen recht oberflächlich, oder manche
Nummer auch gar nicht gelesen. Und das ist viel-
fach zum Schaden der Kollegen selbst. Ein Fall
von vielen Fällen möge das beweisen. Trotzdem
in Nummer 48 der „Graphischen Presse“ vom
1. Dezember 1922 ein ausführlicher, größerer Ar-
tikel auf Seite 297, dritte Spalte: „Zur Auskunfts-
erteilung, von einem alten Auskunftserteiler“, zu
lesen stand, schreibt ein Kollege am 19. Dezember
1922 einen Brief des folgenden Inhalts: (Ort und
Datum). Wertet Kollege! Unterzeichneter Kollege
bittet Sie höflichst um Auskunft über die Firma....
Mit kollegialem Gruß (Unterschrift, bzw. Name und
Hausnummer). Diese kam über ein Dutzend Worte
kosten dem Kollegen außer Papier und Briefum-
schlag: 25 Mark Porto! — Hätte der Kollege vor-
schriftsmäßig mit „Anfragekarte zur Auskunfts-
erteilung“ angefragt, so hätte er 10 Mark Porto
ersparen können. Auch wenn er die wenigen Worte,
aus denen der Auskunftserteiler „so küng ist als wie
zuvor“, auf eine gewöhnliche Postkarte geschrieben
hätte, würde er noch viel Porto erspart haben.
Also, wer sich in dieser Zeit des immer noch höher
steigenden Portos vor Schaden bewahren will, lese
die „Graphische Presse!“

Der Betriebsrat

Kurzarbeit.

In der Nummer 48 der „Graphischen Presse“
schrieb Kollege Sinsel über den Achtstundentag,
ein anderer Kollege in Nummer 49 über den Tat-
willen der Arbeiterschaft. Da nur für viele Arbeiter
und im besonderen der graphischen Sparten die
Frage nicht so steht: Verlängerung des achtstün-
digen Arbeitstages, sondern: werden alle Arbeiter
8 Stunden zu tun haben, so soll ganz kurz die
Rechtslage bei Kurzarbeit geschildert werden, damit
nicht ohne wichtige Gründe die Kurzarbeit einge-
führt und die davon betroffenen Kollegen zu
sicherer Verurteilung verurteilt werden.
Zur Zeit besteht noch für alle dauernd Be-
schäftigte die Verordnung vom 12. 2. 20. Sie lautet
im Paragraph 12: „Entlassungen aus Anlaß von
Wiedereinstellungen oder zur Verminderung der
Arbeitnehmerzahl dürfen nur vorgenommen werden,
wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen
des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsge-
legenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit
(Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann.
Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines
Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt
zu werden. Der Arbeitgeber ist im Falle der
Arbeitsstreckung berechtigt, Lohn oder Gehalt der
mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Arbeit-
nehmer entsprechend zu kürzen. Diese Kürzung
darf jedoch erst von dem Zeitpunkt an erfolgen,
an dem eine Entlassung der betreffenden Arbeit-
nehmer im Falle des Fehlens der Vorschrift des
Absatz 1 nach den allgemeinen gesetzlichen oder
den vertraglichen Bestimmungen zulässig wäre.“
Wie wirkt sich nun diese zum Schutze der Ar-
beiter und gegen die Erwerbslosigkeit geschaffene
Verordnung im Betriebs aus? Hat bei Verkürzung
der Arbeitszeit die Betriebsvertretung mitzuwirken?
Diese Frage stellen, heißt sie unbedingt bejahen.
Der Betriebsrat hat nach Paragraph 66 des BRG,
„in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die
Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um da-
durch mit ihr für einen möglichst hohen Stand
und für möglichstste Wirtschaftlichkeit der Be-
triebsleistungen zu sorgen.“ Rücksicht auf die
Wirtschaftlichkeit des Betriebes (Profites) macht
ja nach bekannten Redensarten die Kurzarbeit
notwendig, so daß schon aus diesem die Mitarbeit
des Betriebsrates bzw. Unterstützung der Betriebs-
leitung sich ergibt.
Für den Arbeiter- und Angestelltenrat bestimmt
Paragraph 78 des BRG, Absatz 1 und 2, genau die
Umfänglichkeit der Mitwirkung. Wenn es im Ab-
satz 1 heißt: der Arbeiterrat hat darüber zu wachen,
daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeit-
nehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften (Ver-
ordnung vom 12. 2. 20) durchgeführt werden,
oder im Absatz 2 mitzuwirken bei der Festsetzung
der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen
und Verkürzungen der Arbeitszeit, so kann kein
Zweifel darüber bestehen, daß Kurzarbeit zwischen
Betriebsleitung und Betriebsvertretung vereinbart
werden muß. Vereinbarungen dahingehend, daß
ohne Kürzung zu Entlassungen gegriffen wird,
können von jedem Arbeitnehmer mit Erfolg be-

kämpft werden, denn jeder für dauernde Be-
schäftigung angemessene Arbeitnehmer untersteht
dem Schutze des Paragraph 12.

In diesem Falle muß der davon Betroffene beim
zuständigen Schlichtungsausschuß auf Fortsetzung
bzw. Erneuerung des Arbeitsverhältnisses Klage
erheben und dem Spruche, durch Verbindlichkeits-
erklärung des Demobilisierungskommissar, vertrag-
schaffende Wirkung gegeben werden. Denn erst
dadurch wird eine rechtskräftige Unterlage ge-
schaffen und ist mit Erfolg vor dem Gewerbe-
gericht zu klagen. Ähnlich verhält sich auch der
Fall, wenn ein Unternehmer ohne Mitwirkung der
Betriebsvertretung Kurzarbeit anordnet. Solche
Künfte soll es auch geben. Liegt ein solcher Streit-
fall vor, dann muß er vom Schlichtungsausschuß
zur Entscheidung gebracht werden.

Hier hat nun die **Kollegenschaft ihre Vertretung
zu unterstützen. Die erste Frage bei Anordnungen
der Unternehmer die Arbeitsverhältnisse betreffend
muß lauten: „Ist es eine Vereinbarung mit unsrer
gesetzlichen Vertretung. Wenn nicht, erkennen wir
die Anordnungen nicht an.“** Wenn dieses überall
geschieht, dann werden die Vertreter der Kollegen
dem Unternehmer gegenüber einen viel leichteren
Stand haben, als dies jetzt in vielen Fällen zu
verzeichnen ist. Kollegen, wir gehen ersten Zeiten
entgegen; die Unternehmer wittern Morgenluft
(siehe Tarifabschluß im Clemingraphiegewerbe)
und müssen wir jetzt noch viel mehr zusammen-
halten, um allen Anschlägen die Spitze bieten zu
können. — e.

Der Lithograph

Die Hausarbeit.

Neben der ersten Arbeit, die unbedingt geleistet
werden muß, soll endlich die nun einmal als not-
wendig erkannt Privatlithographie als brauchbares
Glied in das Gewerbe eingefügt werden, das heißt
neben der unbedingten Beachtung der Liste der
tariffreien Privatlithographen muß die Kontrolle
der Hausarbeit stehen. Und zwar die Kontrolle
der Hausarbeit nach verschiedenen Seiten hin. Es
ist geradezu unglaublich, welche Mühe die kapita-
listische Praxis sich gibt an die Stelle einer be-
schäftigten Schmutzkonkurrenz mindestens eine neue
zu setzen. Denn es ist nicht nur die Hausarbeit,
die sich fälschlicherweise auch Privatlithographie nennt,
sondern es ist auch die Hausarbeit zu kontrollieren,
die von Gehilfen geleistet wird, die tagsüber in
den Geschäften sitzen und vielleicht am lautesten
über Schmutzkonkurrenz reden.

Und diese Hausarbeit der Gehilfen bedarf der
besonderen Kontrolle, weil sie erneut Gefahren-
quellen aufreißt, deren Wirkungen zu überblicken
im Augenblick gar nicht möglich ist. Denn die
von Gehilfen geleistete Hausarbeit erstreckt sich
nicht nur darauf, im besonderen Falle für die
Firma bei der man beschäftigt ist, nach Feierabend
eine zu festem Preise übernommene Lithographie
zu fertigen. Wäre es nur das, dann könnte, falls
es nur Ausfluß einer besonderen geschäftlichen
Situation wäre, leicht darüber hinweggesehen wer-
den, weil auch der Tarif hier seine Bestimmungen
hat und Auswüchse sehr leicht sichtbar sind. Aber
es handelt sich um ganz andere Dinge. Obwohl
auch hier der Tarif seine ganz klar formulierten
Bestimmungen hat, ist auch in das Lithographie-
gewerbe die sogenannte Pfscharbeit eingedrungen,
die nicht zuletzt von solchen Gehilfen geleistet
wird, die tagsüber in der Bude sitzen. Man sollte
es gar nicht glauben, aber es ist wahr, daß Litho-
graphen nach Feierabend in andere Geschäfte
laufen und dort weiterarbeiten. Oft weiterarbeiten
noch unter dem, was sie sonst für ihre Arbeit
als Lohn beziehen. Und wird ein solcher Sünder
erwischt und zur Rede gestellt, dann glaubt er
auch noch eine Lippe riskieren zu können. Daß die
Lohnneinkommen der Arbeiter im Verhältnis zu den
Preisen für den notwendigen Lebensbedarf niedrig
sind, ist bekannt, und daß wir Lithographen mit
unsern Löhnen nicht glänzen können, weiß jedes
Kind. Aber wir wissen auch, daß die tariflichen
Löhne der Lithographen noch niedriger wären wenn
die Steindruckerkollegen davon abgingen, die Rege-
lung der Lohnverhältnisse für Steindrucker und
Lithographen zu fordern. Von den Unternehmern
ist es doch deutlich genug gesagt worden, was
ihrer Ansicht nach die Lithographen an Lohn be-
ziehen dürften. Und diese Geringschätzung der
Arbeit der Lithographen resultiert nicht zuletzt aus
dem Verhalten der Lithographen selbst. Es ist eben
das Bedauerliche auch heute noch, daß die Litho-
graphen nicht imstande sind über ihre Nasenspitze
hinauszusehen.

Und ein Nichthinaussehen über die Lithogra-
phennasenspitze ist die Leistung von Hausarbeit
von Gehilfen, die auch im Betriebe einen Platz
haben. Mit diesem Untug muß unter allen Um-
ständen und gründlich aufgeräumt werden. Denn
was so an Lithographeninteressenvernichtung ge-
trieben wird, reißt sich würdig dem an, was trüher
die Privatlithographie leistete. Denn auch die Ge-
samtung von Pfscharbeit wird nur von der Ab-
sicht diktiert, die Lithographen billiger zu be-
kommen als sie auf regulärem Wege zu bekommen
sind. Man will so das, was die Privatlithographie
einfach nicht mehr leisten kann, auf anderem Wege

zu erreichen suchen. Und ein Teil der Gehilfen stellt sich diesem Streben auch zur Verfügung und macht zunichte, was eben aufgebaut worden ist. Es ist nicht gerade angenehm, aber es ist gut und liegt sowohl im Interesse der Lithographen wie im Interesse des Gewerbes, daß der anständige Teil der Privatlithographen auf solches Treiben eines Teiles der Gehilfen aufmerksam macht. Dieser anständige Teil der Privatlithographen bemüht sich jetzt ebenfalls, sich durch organisatorischen Zusammenschluß gegen Schädigungen zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Welche Grundsätze diese Organisation, die sich **Verband der selbständigen Lithographen und Gebrauchsgrafiker Deutschlands** nennt, vertritt und wie sie sich zu der Gehilfenschaft stellt, wollen wir in einer weiteren Abhandlung betrachten und uns dann die Frage beantworten, ob nicht in gemeinsamer Arbeit Wesentliches für die Gesundung des Lithographiegewerbes geleistet werden kann.



Feuilleton.

Zum Neujahr 1923, dem Jahre der 400. Wiederkehr (1523) des Todestages von Ulrich v. Hutten.

Und sollt' ich sterben einst wie Ulrich Hutten, Verlassen und allein, Abzieh'n den Heuchlern will ich ihre Kutten: Nicht lohnt's der Mühe, schlecht zu sein!

August von Platen.

Einer von Deutschlands Geisteskämpfern, der für immer jugendliche Ulrich von Hutten, ist vor vierhundert Jahren auf der Insel Ufenau im Zürichersee gestorben: verlassen und allein!

Bei ihren festlichen Ausflügen bevorzugt die akademische Jugend — wie mir von meinen paar Jährchen Aufenthalt in der „himm'lischen“ Schweiz noch in guter Erinnerung ist — die Insel Ufenau, das liebliche Eiland, wo Hutten, der Feind alles Mönchtums, die Augen schloß und zu welchem — sonderbarer Gegensatz! — die Benediktiner von Einsiedeln, denen es gehört, stets gastfreundlich Zutritt gewähren.

Hutten, der freimütige Ritter, führte den Kampf gegen Fürsten und Pfaffen. Aber er unterlag in diesem ehrlichen Kampfe und die Fürsten bestimmten den Lauf der deutschen Geschichte.

Mit der letzten verzweifelten Kraft eines Unterliegenden hatte Hutten die Worte *In tyrannos* — Gegen die Tyrannen! — dieselben Worte, welche Schiller seiner Buchausgabe der „Räuber“, unter einem aufbäumenden Löwen setzte — durch die Zähne geknirscht.

Hutten mußte Heimat und Vaterland verlassen und über die Schweizer Grenze flüchten.

Als er in Basel vor die Türe des bekanntesten der Humanisten, Erasmus von Rotterdam, gekommen war, heißt ihn dieser mitteillos weitergehen. Nur der freieste aller Reformatoren, Zwingli in Zürich, und noch einige freie Schweizer Pfarrer boten dem todkranken Hutten den Händedruck. Diese Schweizer Pfarrer allein besaßen ein ehrenhaftes und mildes Empfinden und die Mannhaftigkeit es zu bestätigen.

Bettelarm ist Ulrich von Hutten auf der Insel Ufenau vor vierhundert Jahren (1523) gestorben; seine einzige Fahrhabe war seine Feder.

Was Hutten's Feder geschrieben hat, verteilt sich auf zehn Jahre; und während ein geringes Siechtum der Körper langsam zertrübt, stöhnt keine Verzweiflung in ihm, strotzen die Gedanken von jugendlicher Kraft und Frische.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen über alle Schriften Hutten's, besonders über seine Dialoge, näheres zu schreiben.

Hutten's Bild besitzen die Deutschen in einem alten Holzschnitt. Es stellt den Ritter dar mit einem Lorbeerkrantz auf seinem Haupte, denn Hutten wurde in Augsburg vor allem Volk zum Dichter gekrönt.

Hutten, der Geisteskämpfer, steht aber vor jedem Denker, der sein Kämpferleben überdenkt, mit der Dornenkrone der Ererbten auf der Leidensstirn.

Der deutschen Jugend wird Ulrich von Hutten ein Vorbild bleiben, und deshalb sollten alle Deutsche, besonders aber die *klassenbewußte und organisierte Arbeiterschaft*, im vierhundertsten Todesjahre 1923 sich dieses geistigen Kämpfers erinnern und ihn ehren und feiern.

Als Material zur würdigen Huttenfeier möchte ich empfehlen: Für Volkstheater und Bildungsvereine aus: Theaterstücke bekannter sozialdemokratischer Schriftsteller, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, unseres verstorbenen Leipziger Genossen *Manfred Wittich* wertvolle und gut geeignete dramatische Arbeit: „*Ulrich von Hutten*.“ Ein geschichtliches Spiel (Sammlung: Sozialistische Theaterstücke, Heft 15.) Zum erstenmal aufgeführt im Fortbildungsverein für Arbeiter zu Leipzig am 31. Oktober 1887. (Fünfzehn Sprechrollen, Volk. Zeit: April 1921; Ort: Ein Dorf, ein paar Tagereisen von Worms entfernt.)

Ferner von dem bekannten, auch verstorbenen Dichter-Schauspieler *Karl Weiser*, früher bei den weltberühmten „Meininger“, später in Weimar, wo auch gestorben: *Hutten*, Schauspiel in fünf Akten, Reclams Universalbibliothek Nummer 4049 (Viertausendneunundvierzig.) Karl Weiser hat den deutschen Arbeitern die mächtige Dichtung: „Die

Hekatoncherien“ (Die Hunderthändigen) geschaffen. Diese prächtige Dichtung wurde durch den Grazer Komponisten Eilsäßer zu einem großen Chorwerk gestaltet. Weisers herrliches Schauspiel — Weiser spielte selbst den Hutten, alle andern der 36 Herrenrollen und 7 Damenrollen wurden von Dilettanten gespielt — ist auch zum Lesen sehr zu empfehlen, ein treffliches Reclambuch!

Zum Schluß noch —, da alle guten Dinge drei! — etwas zur Rezitation: *Hutten's letzte Tage*. Eine Dichtung von *Conrad Ferdinand Meyer*, Leipzig, H. Haessel Verlag. Dieses in sehr vielen, wohl schon gegen einhundert Auflagen erschienene Buch des großen Schweizer Dichters kann gar nicht genug zur Rezitation bei „Hutten-Feiern 1923“ empfohlen werden, denn es ist eine der besten Dichtungen von Conrad Ferdinand Meyer.

Im Frühjahr: Dramen einstudiert, und im Sommer im *Freilicht* aufgeführt, sind die schönsten Hutten-Feiern 1923, aber auch Rezitationen aus C. F. Meyers Buch „Hutten's letzte Tage“ sind des großen deutschen Geisteskämpfers würdige Feiern. *J. Meier-Durst.*

Eingegangene Schriften.

Der Neue Welt-Kalender 1923. Verlagsanstalt Auer & Co; Hamburg. Preis Mk. 20,—
Der Neue Welt-Kalender, der jetzt in seinem 47. Jahrgange vorliegt, spricht so für sich, auch mit seinem diesmaligen reichen Inhalte, daß er nur dringend allen zur Anschaffung empfohlen werden kann.

Die Wirtschaftsrücklage. Der Kulturfonds der Familienwirtschaft. Verlag Thüringer Verlagsanstalt G. m. b. H. Jena.

In dieser Broschüre wird von dem bekannten Genossenschaftler Bruno Zschätzsch G. m. b. H. (Schriftleiter der Sozialistischen Genossenschaft) eine Möglichkeit aufgeworfen, die imtendante ist, den Genossenschaften die gegenwärtigen Krisen leichter ertragen zu helfen.

Verbandsstatut des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Zur Lage der Lackierer. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler Deutschlands **Zehnter und zehfter internationaler Bericht der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe.**

Jahresbericht 1921 Verband der Deutschen Buchdrucker.

Protokoll der Verhandlungen des vierzehnten Verbandstages des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, abgehalten vom 15.—20. Mai 1922 in Kassel.

Arbeitsordnung für die Arbeiter der Reichsbahnverwaltung nebst Erläuterungen.

Am 11. Dezember verschied nach mehrwöchigem schweren Krankheitslager im 58. Lebensjahre

Herr August Meisenbach

Kommerzienrat.

Die Verdienste des leider zu früh Verstorbenen um die Entwicklung der graphischen Industrie und seine tatkräftige Mitarbeit innerhalb der gewerblichen Organisation sichern ihm in allen Fachkreisen ein ehrenvolles Andenken.

Meisenbach Riffarth & Co.
München - Berlin - Leipzig.

FARBENÄTZER

2 bis 3 durchaus tüchtige Hülfe Kräfte für 2. Januar 23 zu beruflichen Bedingungen gesucht. Angebote mit Proben erbeten

Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Tüchtige Chromolithographen

für feinst illuminierte und Kopierarbeiten bei gutem Lohn sofort gesucht. Offerten mit Muster und Angabe der Gehaltsansprüche an

Wilhelm Domgall, Nürnberg
Johannstr. Nr. 8.

Tüchtiger Zinkdruckrotary- oder Offset-Maschinenmeister

so möglichst sofortigem Austritt gesucht.

Mandruck A. O. München, Theresienstr. 75.

Tüchtiger Offset-Maschinenmeister

somit gesucht.

Eder & Krieger, Hannover.

Retuscheur

gestalteten Alters, der gleichzeitig Zilchner ist, sofort verlangt, ebenfalls

Nachschneider,

der gleichzeitig Fräser ist.

Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.

2 tüchtige Messingstecher, 2 tüchtige Holzstecher,

sofortige Beschäftigung, Hochlohn, durch Arbeitsschwäche sofort gesucht.

August Körnecke, Hannover-Lindes.

Erstklassiger Kopierer

für Kupfer-, Emaille- und Zinkkopien gesucht. Langjährig in der Branche und durchaus selbständiges Arbeiten Bedingung.

Autoätzer,

I. Kraft, für feinste Maschinenputzungen. Angebote über bisherige Tätigkeiten und Forderung an

Köhler & Lippmann, Braunschweig.

2 Messing- und 1 Holzstecher

werden durch den A. A. beim nächsten für dauernde Beschäftigung gesucht.

P. E. Häntsch & Vogel,
Die Kwalzen- und Formfabrik
Berlin-Weißensee, Sedanstraße 98, Hof 11.

Ia Retuscheure

für Maschinen in dauernde Stellung gesucht. Nur wirklich erste Kräfte mit ausprägendem Sinn für malerische Bildwirkung werden im Angebot gebeten.

Graphische Kunstanstalten Hermann P. Lederichs Hannover

Ia Retuscheur

für Maschinen sucht

Schönwolk & Pflüger,
Graph. Kunstanstalt u. Klischnfabrik,
Dresden-A., O. Bne Straße 18/20.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte über die Direktion der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

Kaufe alte Spritzapparate,

auch Spritzen, Zuschriften mit Preisangabe an

Ernst Riepert, Berlin O 112
Simon Dierichstr. 16

Original-„KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die Klischeefabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und größtes Schneiden — in allen Größen zu haben

Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik
Berlin S 59, Kottbuser Damm 22 (Moltkeplatz 16611), L.

Routingfräser

Fadenstichel, Roulettes

sowie sämtliche Feinwerkzeuge.

Reparaturen schnellstens:

Neumann & Söhne,
Berlin SO 33,
Köpenicker Str. 147.

Eine gebrauchte

Formstecher-Plättmaschine

für Handbetrieb sowie ca. 1000 neue Flaschen haben zu verkaufen

Schulze & Bremer, Lüneburg.

Leicht wird der

Zinkdruck

wenn Sie

Zinkdruckplatten

von **Karl Mess** verwenden

BERLIN SO 36, Wienerstr. 50
FERNRUUF MORITZPLATZ, 12269

Zinkdruckplattenfabrik G. m. b. H.

Berlin SO 15, Köpenicker Str. 40/41

Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 1544

liefert

Zinkdruckplatten für Lithographie und Offset,

sowie sämtliche Materialien für d. Zinkdruck. Des ferneren

Scheifen und Körnen gebrauchter Zinkplatten.